



Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933: Hitler erlag der eigenen Greuelpropaganda

Warten auf Hitler

SPIEGEL-Redakteur Heinz Höhne über Deutschlands Weg in die Diktatur (VI)

In der traditionsreichen Wilhelmstraße 171 verließ der Reichskanzler sein Arbeitszimmer und trat in die Halle. Er stieg in den ersten Stock hinauf und ging dabei so langsam, als wolle er demonstrieren, daß er den Rat des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg befolge: Das Haus, hatte der alte Mann gesagt, habe so wackelige Treppen, daß er „vorsichtig gehen“ solle.

Im Bibliothekszimmer ließ sich der Kanzler in einen altmodischen Sessel fallen. Ein Adjutant brachte das Abendessen: einen Teller Rohkost.

Adolf Hitler hatte eine neue Erfahrung hinter sich: Zum erstenmal in seinem Leben hatte er von morgens bis abends an einem Schreibtisch gearbeitet. Seit er als Kanzler eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ in die Wilhelmstraße gezogen war, pflegte er einen beinahe konservativen Lebensstil. Jede Geste sollte suggerieren, daß an dem historischen Arbeitsplatz ein würdiger Nachfolger Bismarcks amtierte.

Seine Bohemienjahre schienen vergessen, Hitler gab sich ganz als konventioneller Staatsmann; die Parteiform hatte er abgelegt, an ihrer Stelle trug er einen dunklen Zweireiher.

Hitler war von dem neuen Abenteuer des Regierens so fasziniert, daß er sogar zunächst die Wochenendausflüge zu seiner Freundin, der Photostudio-Sekretärin Eva Braun, in München einstellte. Noch am Abend des 30. Januar 1933 hatte er versucht, sie telephonisch zu erreichen, doch die Fernsprechkentrale der Reichskanzlei war durch die zahllosen Gratulantenanrufe so blockiert, daß die Verbindung nicht zustande kam.

Eva Braun hatte die „gute Nachricht“ schon aus anderer Quelle erhalten. An der Wohnung der Familie Braun in München hatte eine katholische Armenschwester geläutet und verkündet: „Welches Glück, daß der freundliche Herr Hitler die Macht übernommen hat. Gott sei gelobt!“

Der „freundliche Herr Hitler“ – das war genau der Ton, auf den Hitler die ersten Gesten und Reden seiner Amtszeit abgestimmt hatte. Er trat auf, als sei er ein jüngerer Sohn Hindenburgs; er wärmte sich im Schutz des Hindenburg-Mythos, berief sich stets auf irgendwelche „Befehle“ des Generalfeldmarschalls und hofierte den greisen Reichspräsidenten in der Öffentlichkeit ehrerbietig, fast servil.

Die „Einheit unseres Volkes“ wurde zu Hitlers ständiger Redensart, auch der „Herrgott“ kam häufig in seinen Ansprachen vor. Das hörte sich in seiner Regierungserklärung, die er am Abend des 1. Februar vor einem Rundfunkmikrophon verlas, so an:

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte über uns! Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!

Auch aus seinen Reden klang jetzt solch ein pseudoreligiöser Sendungsglaube, daß unpolitische Deutsche den neuen Kanzler geradezu für einen christlichen Erneuerer hielten. Manchmal beendete er sogar eine Ansprache mit einem pathetischen „Amen“.

Der NS-Propagandachef Goebbels kommentierte: „Das wirkt so natürlich, daß die Menschen alle auf das tiefste davon erschüttert und ergriffen sind.“

Hitlers staatsmännisches Gehabe, eine Mischung aus Anpassung, Taktik und

Selbststilisierung, konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß er keineswegs der allmächtige Kanzler war, als der er in der Öffentlichkeit auftrat. Hitler war kaum in der Lage, dem Kabinett seinen Willen aufzuzwingen. Er konnte nur in den Grenzen der Koalitionsabsprache mit seinen konservativen Partnern Franz von Papen und Alfred Hugenberg taktieren, und diese Grenzen waren eng.

Jede Kabinettsitzung rief Hitler erneut ins Gedächtnis, daß er nicht aus eigener Kraft zur Kanzlerschaft gelangt war, sondern nur auf dem Umweg über „eine ‚Entente‘ zwischen Gruppen der traditionellen Eliten und der Führung der Hitler-Bewegung“, wie der Historiker Klaus-Jürgen Müller formuliert.

nalistischen Staates, Ausschaltung der marxistisch-pazifistischen Linken, Rückkehr zu einer expansiven Großmachtpolitik.

Darüber hatten sich die Hitler, Papen, Hugenberg und Hindenburg verständigt – Beginn einer Allianz, die das Dritte Reich begründete und die trotz aller Erschütterungen bis zum 20. Juli 1944 Bestand hatte.

Allerdings versuchten Hitlers konservative Gefährten von Anfang an, ihn auf die Rolle des Juniorpartners festzunageln. Seine Macht war eng begrenzt: Die Reichswehr blieb Hindenburgs Domäne, das Reichskommissariat für Preußen kontrollierte der Vizekanzler von Papen, und der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Alfred Hu-

kannte nur ein Mittel zur Sprengung des konservativen Einschließungsringes, das er immer ins Spiel brachte, wenn er in einer Sackgasse steckte: Neuwahlen.

Bei der letzten Reichstagswahl im November 1932 hatte sich das gegen ihn gekehrt. Jetzt aber konnte er – gestützt auf den Staatsapparat – hoffen, durch eine nochmalige Aufputschung der Wählermassen den Nationalsozialisten die Vorrangstellung im Kabinett zu erkämpfen, ja vielleicht die Koalition überflüssig zu machen, falls die NSDAP die absolute Mehrheit errang.

Gegen Neuwahlen konnten auch die Partner keine ernsthaften Einwände erheben, sie lagen im Interesse aller im Kabinett: Nur durch Neuwahlen konnte die Koalition sich eine Mehrheit sichern, von der Hindenburg künftiges Regieren in Deutschland abhängig machen wollte.

Hugenberg durchschaute jedoch Hitlers Manöver und weigerte sich, Neuwahlen zuzustimmen, zumal er von weiteren Zuzahlen erneute Einbußen seiner DNVP befürchtete. Deshalb war er schon vor der Vereidigung des Kabinetts dagegen gewesen. Dennoch brachte Hitler auf der ersten Kabinettsitzung das Thema wieder auf, und erneut wehrte sich Hugenberg dagegen. Er schlug vor, man solle die kommunistischen Mandate kassieren, dann fiel den Rechtsparteien automatisch die Mehrheit im Reichstag zu.

Da hätte man aber den besorgten Verfassungsfreund Hitler sehen sollen! „Nach seinen Erfahrungen“, so steht im Sitzungsprotokoll, „seien Verbote von Parteien zwecklos. Es sei schlechterdings unmöglich, die sechs Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen.“

Bei der nächsten Kabinettsitzung drängte Hitler erneut, die Frage der Neuwahlen zu entscheiden. Hugenberg gab schließlich nach. Am 1. Februar unterzeichnete Hindenburg die Auflösungsorder, das Kabinett setzte den 5. März als Wahltag fest.

Schon hier zeigte sich, wie wenig die konservativen Partner dem Machtdrang Hitlers gewachsen waren. Hugenberg hatte bereits einen Tag nach der Regierungsvereidigung erkannt: „Ich habe gestern die größte Dummheit meines Lebens begangen. Ich habe mich mit dem größten Demagogen der Weltgeschichte verbündet.“

Sein Vorschlag, die KPD zu verbieten, illustrierte jedoch, daß er die Lage seiner Partei falsch einschätzte. Denn: Eine sukzessive Ausschaltung der Linken mußte die konservativen Kräfte immer mehr von der schon zahlenmäßig übermächtigen NSDAP abhängig machen.

Inzwischen tastete sich Hitler weiter voran, um den Griff der konservativen Partner zu lockern. Er suchte Kontakte zur Reichswehr, zu der Macht, ohne die er niemals im Kabinett autonom werden konnte. Da er in Berlin kaum einen maßgeblichen Mann der Reichswehr



Reichskanzler Hitler*: „Möge der allmächtige Gott unsere Einsicht segnen“

Es war ein Bund der Halbstarken: Den alten bürgerlich-konservativen Machteliten, nach der Selbstentleerung der parlamentarischen Demokratie wieder zu stärkerem Einfluß gelangt, fehlte die Basis in der Gesellschaft, um ihre Politik dauerhaft durchzusetzen, während die Führer der NSDAP zwar über eine Massenbasis verfügten, diese dennoch nicht groß genug war, die Partei mit dem Mittel parlamentarischer Mehrheiten an die Macht zu bringen.

Der Kanzler-General Kurt von Schleicher hatte versucht, durch Mobilisierung gewerkschaftlicher Gruppen in allen Parteien der Regierung eine neue gesellschaftliche Basis zu schaffen, doch er war gescheitert. So hatten sich die alten Machtgruppen in Politik, Militär und Wirtschaft mit Hitlers Führungskreis arrangiert, zumal sie ähnliche Ziele anvisierten: Schaffung eines autoritär-natio-

genberg, genoß als Reichswirtschafts- und Ernährungsminister den Ruf eines „Wirtschaftsdiktators“.

Daneben wirkten die beiden NS-Minister im Kabinett fast blaß: Reichsinnenminister Wilhelm Frick hatte keine Befugnisse über die Polizei, nur der Reichsminister Hermann Göring besaß ein Stück echter Macht; er war Kommissar des Reichs im preußischen Innenministerium, zu dem auch die Polizei gehörte.

Doch Hitler war nicht der Mann, der sich mit der Rolle eines Juniorpartners begnügte. Er wollte der wirkliche Herr des Kabinetts werden. Das war dem skrupellosen Machtmenschen Hitler ein so natürlicher Ehrgeiz, daß es gar nicht der angeblich so systematischen Diktaturpläne bedurfte, mit denen noch heute manche Historiker Hitlers überraschend schnelle Machtergreifung zu erklären versuchen.

Im Grunde besaß Hitler gar kein Konzept für die eigene Machtergreifung. Er

* Bei seiner Regierungserklärung, 1. Februar 1933.

Nur Vögel fliegen billiger

**ZWEIMAL DIE WOCHE
FRANKFURT-HARARE (Salisbury)**

ab 2.385,- DM

Punkt-zu-Punkt-Tarif. Keine Voraus-Buchungsfrist. Mindestaufenthalt: 14 Tage. Max. Aufenthaltsdauer: 3 Monate.



Wir fliegen:

Nonstop: Donnerstags Frankfurt-Harare, mittwochs Harare-Frankfurt.
Ein Stop-over: Samstags Frankfurt-Harare, freitags Harare-Frankfurt.
Von Harare zahlreiche Anschlußflüge zu den wichtigsten Städten Zentral- und Südafrikas.

Buchung bei Lufthansa und allen IATA-Reisebüros.

Buchung und Informationen:

Air Zimbabwe, 6000 Frankfurt/Main, Am Hauptbahnhof 10,
Telefon 06 11/23 50 16.



Schnell und freundlich – auf der ganzen Linie.

kannte, ihm aber der eigene (von Hindenburg ausgesuchte) Wehrminister noch zu fremd war, sprach er Soldaten und militärische Dienststellen direkt an. Kurz darauf wurde das Reichswehrministerium von der Meldung aufgeschreckt, Hitler laufe durch Berliner Kasernen und halte vor Soldaten Reden über das „neue Deutschland“, ohne den vorgeschriebenen Dienstweg einzuhalten.

Reichswehrminister Werner von Blomberg griff ein: Da er die Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber nach Berlin bestellt hatte, um sie über die neue politische Lage zu informieren, seine eigene Dienstwohnung aber noch nicht frei war, ersuchte er den Chef der Heeresleitung, General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, die angereisten Militärs zu einem Essen am Abend des 3. Februar in dessen Wohnung zu bitten und dazu auch Hitler einzuladen.

Die Zusammenkunft verlief nicht ohne Peinlichkeit. Der Grandseigneur Hammerstein-Equord, den Emporkömmling Hitler noch immer etwas von oben herab behandelnd, stellte ihn den steif-kühlen Militärs vor, und auch der Gast fühlte sich unwohl, wie sich ein Zeuge erinnert: „Hitler machte überall bescheidene linkische Verbeugungen und blieb verlegen.“

Doch dann hielt Hitler eine zweistündige Rede über seine künftige Politik, die die Militärs aus ihrer Zurückhaltung riß. Generalleutnant Curt Liebmann, Befehlshaber im Wehrkreis V, schrieb mit: „1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpolitischen Zustände. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. 2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt ... Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Wiedererringung der politischen Macht.“

Schließlich folgten Sätze, bei denen die Militärs besonders aufmerksam zuhörten. Liebmann notierte: „Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpolitisch u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquickung v. Heer u. SA beabsichtigt.“

Die Militärs dankten mit höflichem Beifall, obwohl danach mancher von ihnen fand, Hitler habe den Mund reichlich voll genommen. Da hatte ein Politiker gesprochen, der offensichtlich gar nicht über die Macht verfügte, auch nur einen Bruchteil seiner Ankündigungen zu verwirklichen, ganz zu schweigen von der „Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung“, laut Hitler eine Möglichkeit künftiger deutscher Politik. Wollte er sich als großer Polit-Strategie geben, den Militärs mit möglichst weiträumigen Konzepten imponieren?

Hitlers Worte wurden später anders interpretiert, als ein Indiz dafür, daß er,

Verordnung des Reichspräsidenten
über die Auflösung des Reichstags.

Vom 1. Februar 1933.

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, lasse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

Berlin, den 1. Februar 1933.

Der Reichspräsident

von *Hindenburg*

Der Reichskanzler

Hitler

Der Reichsminister des Innern

Göring

Hindenburg-Verordnung

„Mit dem größten Demagogen ...

kaum Kanzler geworden, sogleich den Lebensraumkrieg gegen Rußland, der ihm seit der Haft in Landsberg vorschwebte, anvisiert habe. Die vagen Formulierungen in den Liebmann-Aufzeichnungen (Rußland wird mit keinem Wort erwähnt) rechtfertigen jedoch diese Vermutung nicht.

Hitler war gekommen, um sich den Militärs als ein glaubwürdiger, zuverlässiger Partner anzubieten, und er wird nicht gerade vor Offizieren, die eifrige Anhänger der deutsch-sowjetischen Militärkooperation waren, über einen Krieg gegen Rußland phantasiert haben. Zudem weisen die Stichworte „Osten“ und „Germanisierung“ darauf hin, daß er Polen im Blick hatte, was auch in die Zeit paßt: Es war die Zeit der deutsch-polnischen Spannungen, der Präventivkriegspläne Josef Pilsudskis gegen Deutschland.

Wie immer auch die Militärs in der Wohnung Hammersteins die Worte Hitlers deuten mochten – die Zusammenkunft vom 3. Februar 1933 inaugurierte eine Partnerschaft, die zu einer entscheidenden Voraussetzung für Hitlers Machtergreifung werden sollte.

Denn für die Militärs hatte Hitler das erlösende Wort gesprochen: keine Gefährdung der militärischen Monopolstellung der Reichswehr durch die SA. Erhöhung der Reichswehr zur „wichtigsten Einrichtung“ des Staates, Rückzug der Streitkräfte aus der Innenpolitik. Mit dieser „Entpolitisierung“ der Reichswehr konnten sich die Generale und Admirale leicht abfinden, weil ihnen Schleichers Vorstoß in die Politik nie sonderlich behagte hatte.

Das paßte auch in das Konzept der neuen Reichswehrführung, die nun aller-

dings unter Entpolitisierung keineswegs einen Abschied von der Politik verstand. Ihr maßgeblicher Kopf, Oberst Walther von Reichenau, der neue Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, sah in der „Entpolitisierung“ nur eine taktische Variante der Politik Schleichers, eine Tarnformel, mit der die Reichswehr ihren Anspruch auf Machtteilhabe in dem künftigen autoritären Staat vernebelte.

„Hinein in den neuen Staat“, lautete Reichenaus Formel, „nur so können wir die uns gebührende Position behaupten.“ Das bedeutete praktisch, die Nazis



Hitler-Partner Hugenberg
... habe ich mich verbündet“

zu akzeptieren, wie Reichenau den Befehlshabern der Reichswehr einschärfte: „Erkenntnis ist notwendig, daß wir in einer Revolution stehen. Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Aufgabe der Wehrmacht: Gewehr bei Fuß.“

Die Reichswehr war neutralisiert, die Auflösung des Reichstags gesichert, jetzt konnte sich Hitler ganz dem Wahlkampf widmen. Zuvor aber trat er noch einmal vor das Kabinett, um sich eines Alptraums zu entledigen, der ihn seit seinem Amtsantritt bedrängte: der Furcht vor einem Generalstreik.

Immer wieder tauchte das Gerücht auf, die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wollten sich zu einer Ge-

waltaktion gegen die neue Regierung vereinigen. Vor einem Generalstreik aber hatte Hitler eine geradezu panische Furcht – hätten es die linken Gegner gewußt, wären sie wohl nicht so leicht dazu gebracht worden, auf diese wirkungsvolle Waffe zu verzichten.

So drängte nun Hitler das Kabinett, eine Anti-Streik-Verordnung zu erlassen, was sich als leicht möglich erwies, da sie schon von früheren Regierungen entworfen worden war. Noch am 4. Februar unterzeichnete Hindenburg die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“, die die Staatsorgane ermächtigte, Streiks in „lebenswichtigen“ Betrieben und politische Versammlungen und Umzüge zu verbieten, sobald „eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen“ sei, und Druckerzeugnisse zu beschlagnahmen und auf begrenzte Zeit zu verbieten, „deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden“.

Das war so schwammig formuliert, daß mit dieser Verordnung, der ersten in jener berückichtigten Reihe, die schließlich alle Meinungsfreiheit in Deutschland zerstörte, jeder Gegner und Kritiker der Reichsregierung mundtot gemacht werden konnte. Dieser Verordnung vom 4. Februar 1933 bediente sich auch der Mann, der nun zur Schlüsselfigur der nationalsozialistischen Machtergreifung werden sollte: Hermann Göring, der Chef des preußischen Innenministeriums.

Preußen war dazu ausersehen, der Hauptschauplatz des jetzt anhebenden Kampfes um die Alleinherrschaft in Deutschland zu werden. Preußen war das größte Land Deutschlands, es besaß den einzigen wirkungsvollen Polizeiapparat, den Nationalsozialisten kontrollierten, und es verfügte zudem über die schlagkräftigste Organisation der NSDAP.

In der Optik Görings hatte Preußen jedoch einen Schönheitsfehler: Formal gab es noch immer das durch Papens Staatsstreich im Juli 1932 entmachtete Kabinett des Sozialdemokraten Otto Braun, dem der Staatsgerichtshof in einem von der preußischen Staatsregierung angestrebten Prozeß das Recht zugestanden hatte, Preußen im Reichstag und Reichsrat zu vertreten und im Landtag Aufgaben einer Landesregierung wahrzunehmen.

Seither gab es in Preußen zwei Regierungen, den Reichskommissar mit seinen Kommissaren und das Kabinett Braun. Dieses Kabinett aber konnte Görings Aktivitäten stören. Folglich mußte es ausgeschaltet werden, meinte Göring.

Doch wie? Nur der Landtag konnte die Regierung Braun abwählen, wozu der „Nationalen Opposition“ jedoch die Mehrheit fehlte. Also mußte der Landtag aufgelöst werden, wie die NS-Fraktion beantragte. Doch dieser Antrag

scheiterte an den für die NSDAP ungünstigen Mehrheitsverhältnissen.

Da schlug der Reichskommissar von Papen vor, das Kabinett Braun einfach mit einem Federstrich „zu beseitigen“. Man wird sich das merken müssen: Der erste große Rechtsbruch des Kabinetts Hitler ging nicht von einem Nazi aus, sondern von dem christlichen Franz von Papen. Er bewog Hindenburg, am 6. Februar eine Verordnung „zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ zu erlassen, durch die alle Hoheitsrechte des Kabinetts Braun auf das Reichskommissariat übertragen wurden.



Hitler, Wahlhelfer Schacht
„Und nun, meine Herren ...“

Nach diesem zweiten Preußenschlag Papens hatte Göring freie Bahn. Er mußte zwar immer die Vorrechte des ihm übergeordneten Reichskommissars Papen respektieren, gleichwohl wußte sich der ruppige, meist nach einer Morphiumspritze unerträglich bramarbasierende Göring durchzusetzen: Die Landtagswahlen wurden auf den 5. März festgesetzt, die für die NSDAP noch ungünstigen kommunalen Vertretungskörperschaften aufgelöst und deren Neuwahl für den 12. März bestimmt.

Dann schob Göring seine Vertrauensmänner auf die wichtigsten Posten der Verwaltung und „säuberte“ in der Beamenschaft mißliebige, meist den linken Parteien zugehörige Funktionsträger hinaus, die gerade Papens Durchkämpfungsaktion nach dem 20. Juli 1932 überstanden hatten.

Seine engsten Vertrauten brachte Göring im Polizeiapparat unter, den er sich



... an die Kassel!": **Industrieller Kraupp (2. v. l.), Kollegen 1933**

zur Hauptwaffe nationalsozialistischer Machterweiterung auserwählte. Er machte die Polizeigruppe des preußischen Innenministeriums und die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums, eine Schaltstelle der politischen Polizei, zu Befehlszentralen der Kampagne gegen die letzten Stützpunkte der Demokratie.

Dabei fiel freilich auf, daß sich Göring nicht selten mit Mitarbeitern umgab, die keine Nationalsozialisten waren. Die Polizeigruppe übernahm der ehemalige Arbeitgeberfunktionär Ludwig Grauert, und die I A wurde dem Ex-Demokraten Rudolf Diels anvertraut, der nach seiner Denunziantenrolle bei Papens preußischem Staatsstreich rasch Karriere gemacht hatte.

Hier zeichnete sich zum erstenmal eine Interessenverzahnung zwischen den auf administrative Effizienz ausgerichteten Führern der NSDAP und konservativen Verwaltungsfachleuten ab, die für das Dritte Reich bedeutsamer werden sollte als die angeblich totalitäre Alleinherrschaft der Partei.

Ludwig Grauert war dafür eine Art Bahnbrecher: Der ehemalige Staatsanwalt, Typ des deutschnationalen Beamten, hatte als Geschäftsführer der Nordwestgruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zu jener kleinen Minderheit schwerindustrieller Manager gehört, die schon früher für Hitler eingetreten war. Weil er 1932 dem NS-Wirtschaftler Walther Funk 100 000 Mark aus der Verbandskasse gezahlt hatte, ohne seine Auftraggeber vorher um Genehmigung zu bitten, hatte Grauert seinen Job aufgeben müssen und war zu Göring gegangen.

Dieser Grauert vermittelte nun seinem Chef die Verbindung zu der deutschna-

tionalen Beamenschaft Preußens. Er dürfte auch der Mann gewesen sein, der Göring riet, seine Machtbasis nach rechts zu erweitern, in die Kreise hinein, in denen sich Grauert besonders gut auskannte: die Industriezirkel an Ruhr und Rhein.

Jetzt kam der zweite große Brückenschlag der Nationalsozialisten zu der traditionellen deutschen Machtelite: Hatte die Zusammenkunft am 3. Februar die Allianz mit dem Militär vorbereitet, so bahnte sich nun die Verständigung mit den Führern der Großindustrie an.

Am 20. Februar empfing Göring, assistiert von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, im Reichstagspräsidentenpalais 24 führende Industrielle, die gebeten worden waren, mit den Männern der neuen Reichsregierung die politische Lage zu erörtern.

Hitler versprach dabei, was deutsche Unternehmer damals gern hörten: eine „ruhige Zukunft“, Beseitigung der marxistischen Gewerkschaften, einen wehrfreudigen autoritären Staat ohne sozialistische Experimente, Ende des „Parteienhaders“. Hitler: „Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen, wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt.“

Dann sprach Göring, wie immer, mit derber Offenheit. Die NSDAP, so erklärte er den Managern, habe ja im gerade begonnenen Wahlkampf „die meiste Arbeit zu leisten“, und da sei es wohl nur recht, „daß andere nicht im politischen Kampf stehende Kreise wenigstens die nun mal erforderlichen finanziellen Opfer bringen müßten“.

Die Herren der Industrie hatten verstanden. Ihr Wortführer, Gustav Kraupp von Bohlen und Halbach, bisher auf

Distanz zu Hitler und der Mann, der Grauert wegen seiner NS-Spende sofort hatte hinauswerfen wollen, dankte für Hitlers Rede und freute sich schon auf den „politisch starken, unabhängigen Staat“, in dem endlich wieder Wirtschaft und Gewerbe blühen könnten.

Kaum hatten die beiden nationalsozialistischen Führer den Raum verlassen, da ertönte Schachts fröhlich-burschikoses „Und nun, meine Herren, an die Kasse!“ Die Industriellen zeichneten hohe Geldbeträge für Schachts Wahlkasse, rasch hatte der Finanzmann drei Millionen Mark zusammen – Beginn der schuldhaften Verstrickung der deutschen Industrie-Elite in Terror und Politik des Hitler-Regimes.

Die Industriegelder schmierten einen Wahlkampfapparat, wie ihn selbst die Nazis noch nicht gesehen hatten. Göring übernahm auch hier die Führung in Preußen: Mit einer raffinierten Mischung aus Propaganda und Zwang, aus politischer Aggressivität und staatlicher Repression setzte er die gegnerischen Parteien unter Druck und suchte demokratische Wähler davon abzuschrecken, sich für ihre angestammten Parteien zu engagieren.

Zahlreiche Erlässe und Instruktionen Görings gaben Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zu verstehen, daß nur die „nationalen“ Parteien zu unterstützen seien. In einem Erlass vom 17. Februar wies Göring die Polizeibehörden an, dem „Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten“, notfalls mit der Schußwaffe: „Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.“

Bald mochte er die Polizei nicht mehr allein agieren lassen, nun animierte er die SA zum rücksichtslosen Angriff auf den Gegner. Am 22. Februar ordnete Göring an, daß Einheiten von SA, SS und Stahlhelm als „Hilfspolizei“ einzusetzen seien.

Den Kampf gegen den Kommunismus, rief Göring in einer Kundgebung der SA, könne er nicht allein mit polizeilichen Mitteln führen, „den Totenkampf führe ich mit denen da unten, das sind die Braunhemden! Ich werde dem Volk klarmachen, daß das Volk sich selbst zu wehren hat“. Das „Volk“, die SA, verstand die Aufforderung Görings nur allzugut: Eine Welle von Schlägereien und Überfällen überspülte die demokratischen Parteien.

Jeder Tag brachte neue Nachrichten über den Terror der SA: blutige Zusammenstöße und Schießereien zwischen SA-Rollkommandos und Anhängern der Zentrumsparterie nach einer Wahlkundgebung im Rheinland. Überfall von SA-Männern auf den Ex-Minister Steger-

Mit welchen Groß-Computern haben die meisten Ingenieure während ihres Studiums gearbeitet?



LA ESDURA

CIGARREN
CIGARILLOS

100 %
HAVANA

LA ESDURA
Cigarren
und Cigarillos in
Preislagen von
DM 0,60–2,20.

Erhältlich im guten
Tabakwarenfach-
handel.

Made under
Licence of

CUBATABACO
PROPRIETRESS

BY RINN & CLOOS AG
WEST GERMANY
63 GIESSEN · POSTFACH



wald bei einer Zentrumskundgebung in Krefeld, gewaltsame Auseinandersetzungen in Münster, Verwüstung der Redaktion eines Zentrumsblattes in Mülheim durch SA-Männer, Sprengung sozialdemokratischer Kundgebungen in Schlesien, Überfälle auf Politiker der SPD und KPD.

Dem offenen Terror der SA-Banden folgte der administrative Terror Göringscher Verbote und Durchsuchungsaktionen. Jetzt konnte er sich der Gummiparagraphen der Verordnung vom 4. Februar 1933 bedienen, und er machte weidlich Gebrauch davon.

Zweimal durchsuchten Polizisten das Karl-Liebke-Haus, die Berliner Zentrale der Kommunistischen Partei,

Diktatur des Proletariats oder die braune des Führerstaates bevorzugten. Kein Wunder, daß prominenten Demokraten die Furcht vor den totalitären Massenbewegungen schon im Gesicht geschrieben stand.

Als erste resignierten jene linken Intellektuellen, deren oft ätzend-unduldsame Kritik an den Schwächen der Republik nicht wenig zur Verwirrung des demokratischen Lagers beigetragen hatte. Manche von ihnen wie Kurt Tucholsky lebten bereits im Ausland, andere wie Lion Feuchtwanger, die gerade auf einer Auslandsreise waren, zogen es vor, gar nicht erst nach Deutschland zurückzukehren. Viele der Daheimgebliebenen aber besuchten widerwillig die Rettet-



Görings SA-Hilfspolizei 1933: „Den Todeskampf führe ich mit den Braunhemden“

nach „staatsfeindlichen“ Materialien, mehrfach wurden der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Zeitungen für einige Tage verboten, Wahlplakate und Propagandamaterialien der Zentrumsparterie beschlagnahmt, Kundgebungen der Mittel- und Linksparteien von der Polizei aufgelöst.

Wer will es da den demokratischen Parteien verübeln, daß sie mutlos wurden? Sie waren physisch und psychisch am Ende: Vom Gegner brutal bedrängt, ohne ein Konzept zur Beseitigung der Wirtschafts- und Staatskrise, selber schon am demokratischen System zweifelnd, verloren sie jede Hoffnung, neue Wählerschichten für sich zu gewinnen.

Woher sollten sie auch die Hoffnung beziehen, dokumentierte doch in den letzten Jahren eine Reichstagswahl nach der anderen, daß fast 60 Prozent der Wähler die Demokratie ablehnten, wobei unerheblich blieb, ob sie die rote

die-Republik-Kundgebungen, meist nur „um von törichten Freunden nicht verachtet zu werden“, wie Ludwig Marcuse später zürnte.

Auch viele Parteiführer hatten innerlich schon kapituliert. Ab Mitte Februar zog sich die SPD-Elite ins noch sichere Bayern zurück: Wels, Löbe, Vogel, Breitscheid, Scheidemann, Dittmann – jeder war bereit, sich spätestens am Wahltag nach Österreich abzusetzen.

Das demokratische Wahlvolk merkte nichts davon, bis plötzlich Otto Braun, der einstige „starke Mann“ der SPD, die Nerven verlor und kurz vor dem Ende des Wahlkampfes in die Schweiz floh. Das wirkte in der Öffentlichkeit so verheerend, daß der SPD-Parteivorstand die fromme Lüge verbreitete, Braun sei bereits auf der Rückreise – der Flüchtling dachte nicht daran.

Angesichts solcher Schwächen fiel es den raffinierten NS-Propagandisten

nicht schwer, den Gegner völlig in die Defensive zu drängen. Die braune Agitation kannte nur zwei große Themen: „Kampf dem Bolschewismus“ und „Arbeit und Brot für alle“.

Die Inszenierung von Versammlungen, noch immer wichtigste Multiplikatoren der Wahlpropaganda, verstand die NSDAP wie keine andere Partei, und auch das neue Medium Rundfunk hatten sich die Nationalsozialisten rasch angeeignet, seit die Reichsregierung dank ihrer Vormachtstellung in der Reichsrundfunkgesellschaft durchgesetzt hatte, daß alle wichtigeren Wahlreden der Kabinettsmitglieder vom Rundfunk übertragen werden mußten.

Das war die große Chance für Joseph Goebbels; als Reporter seines Führers kündigte er jeweils die Hitler-Rede am Mikrophon an und brachte das Publikum mit aufputschend-dramatisierenden Sprüchen in die gewünschte Stimmung. Nach seiner ersten Ansage war Goebbels überzeugt: „Diese Rede wird in ganz Deutschland einen Aufstand der Begeisterung entfachen. Die Nation wird uns fast kampflos zufallen.“

In der Tat versetzte die nationalsozialistische Propaganda Millionen Deutsche in „einen Taumel blinder Glaubensseligkeit“, wie der Historiker Martin Broszat urteilt. Schon der Ausbruch von Massenemotionen am 30. Januar hatte gezeigt, welche pseudoreligiösen Erwartungen die Menschen an den Namen Hitler knüpften.

Man muß sich die politischen und sozialen Verhältnisse des Februar 1933 vorstellen: Parteien, die restlos versagt hatten. Eine Wirtschaft, die noch immer nicht recht in den Aufschwung fand. Ein alter Reichspräsident, der ratlos von Kanzler zu Kanzler wechselte. Sechs Millionen Arbeitslose, nur 42,1 Prozent aller Arbeitsplätze und 58,9 Prozent aller Angestelltenplätze in der Industrie besetzt. Für Millionen von Erwerbslosen ein Leben zwischen Wärmehalle, Tagesheim und Arbeitsamt. Stundenlanges Schlangestehen, fast ein ganzes Volk zermürbt, demoralisiert, beinahe schon aller Arbeit entwöhnt.

Und dazu die Furcht, die alles lähmte und alles möglich erscheinen ließ, Furcht, die keine ruhige Überlegung mehr erlaubte.

Der Historiker Rudolf Vierhaus beschreibt sie: „Furcht vor dem Hunger, vor der unaufholbaren Verarmung und – im Mittelstand besonders – vor der ‚Verproletarisierung‘, Furcht vor dem Bürgerkrieg und der Revolution, vor einer ungesicherten Zukunft und vor der Erschütterung von Gesetz und Moral unter dem Druck der Not.“

Da wuchs das Verlangen vieler, allzu vieler Menschen, sich einem scheinbar außergewöhnlichen Mann anzuvertrauen, notfalls sogar hinzunehmen, was herkömmlicher Moral widersprach.

In dieses Pulverfaß der Ängste, Illusionen und Erregungen flog am Abend

Control Data.

Seit vielen Jahren sind wir mit Groß-Rechnern in fast allen Technischen Hochschulen und regionalen Rechenzentren der Universitäten vertreten. Dort bieten unsere Systeme der Cyber-Serie die einzigartige Leistungsbasis für den Anschluß von hundert unterschiedlicher Ein- und Ausgabestationen.

Beste Voraussetzung bereits während des Fachstudiums die vielfältigen Möglichkeiten und außerordentlichen Kapazitäten kennenzulernen, die wir ihnen bieten.



Gemeinsam an der Zukunft arbeiten.



Ausgebrannter Plenarsaal des Reichstages*: Täter im Tunnel gesucht

des 27. Februar jäh ein Funke. Ein unscheinbarer Holländer hatte ihn gezündet: Marinus van der Lubbe, 24 Jahre alt, Maurergeselle aus Leiden, ein schwärmerischer Rätekommunist, war ausgezogen, Deutschland vor dem Faschismus zu retten.

Er meinte, die im Wahlkampf entmutigten Sozialisten und Kommunisten benötigten ein Fanal, das sie aufstachelte. Es mußte in Berlin brennen, um auch dem letzten Proletarier zu demonstrieren, was auf dem Spiel stand. Er selber fühlte sich aufgerufen, die Fackel zu entzünden.

Was aber sollte brennen? Die Zwingburgen des kapitalistischen Systems: Wohlfahrtsämter, Rathäuser, Schlösser. Schließlich stieß van der Lubbe auf ein mächtiges Gebäude am Platz der Republik, das ihm noch lohnenswerter erschien: der Reichstag.

Am 27. Februar, kurz nach 21 Uhr, stieg er über das Geländer an der Westseite des Gebäudes, kletterte an der Außenwand empor und stand bald auf dem Balkon vor dem Reichstagsrestaurant. Er schlug die Scheibe ein und sprang in den dunklen Raum – der Weg zur Brandstiftung war frei. Er warf einen brennenden Kohlenanzünder auf einen Holztisch, mit einem zweiten Kohlenanzünder setzte er den rasch zusammenge rafften Vorhang in Brand.

Während Türen und Holzverkleidung zu qualmen begannen, entzündete er einen weiteren Vorhang und rannte mit einem dritten Kohlenanzünder zu einer



Brandstifter van der Lubbe
Fanal für die Proletarier

Treppe. Dann entledigte er sich fast aller seiner Kleider und steckte sein Oberhemd in Brand, das er nun als Fackel benutzte, um anderes anzuzünden: ein Tischtuch, das er aus einem Wäscheschrank herausgerissen hatte, einige Handtücher im Waschraum.

Schließlich erreichte van der Lubbe den Plenarsaal, entzündete die Portieren des Präsidiums, riß einen Vorhang von

* Am 28. Februar 1933.

den Stenographenplätzen ab und entzündete ihn an bereits brennenden Vorhängen – und stürzte weiter von Fenstervorhang zu Fenstervorhang, stets mit einer Fackel in der Hand, von Qualm und dem Knistern des Feuers umgeben.

Einen kleinen, noch ganz schwachen Feuerschein sah der Theologiestudent Hans Flöter, der wenige Minuten nach 21 Uhr auf dem Weg in seine Wohnung an der Vorderfront des Reichstagsgebäudes vorbeikam. Flöter lief zu dem diensthabenden Oberwachmeister Buwert, der am Reichstag gerade seine Runde machte. Kurz darauf war auch der Hausinspektor Alexander Scranowitz zur Stelle, der mit dem Polizeiwachmeister Poeschel und weiteren Polizisten durch die

Der Reichstag in Flammen!

Von Kommunisten in Brand gesteckt!

So würde das ganze Land aussehen, wenn der Kommunismus und die mit ihm verbündete Sozialdemokratie auch nur auf ein paar Monate an die Macht kämen!

Grave Bürger als Geiseln an die Wand gestellt
Den Bauern den roten Fahn auf's Dach gesetzt

Wie ein Aufschrei muß es durch Deutschland gehen:

Zerstampft den Kommunismus!
Zerschmettert die Sozialdemokratie!

Wählt Hitler 1
Liste

NS-Wahlplakat
Panik in Bürgerköpfen

Gänge des Gebäudes stürmte, bis er den brennenden Plenarsaal vor sich sah.

Wenige Sekunden später durcheilten Poeschel und Scranowitz den Bismarcksaal. Sie hatten noch nicht die Mitte des Saals erreicht, da tauchte ein halbnackter Mann auf: Marinus van der Lubbe. Poeschel hob die Pistole und schrie aufgeregt: „Hände hoch!“ Er packte van der Lubbe und führte ihn ab, nicht ohne sich vorher die Zeit zu merken: 21.27 Uhr, 27. Februar 1933.

Polizei und Feuerwehr reagierten mit gewohnter Präzision, doch die politische Führung wurde rasch ein Opfer eigener Hysterie und Kopfflosigkeit.

Anfangs wollten die nationalsozialistischen Führer allerdings die Meldung vom Reichstagsbrand gar nicht glauben. Goebbels hielt die Nachricht für eine „tolle Phantasiemeldung“, auch Hitler konnte sich keinen rechten Vers darauf

machen. Selbst Göring fuhr noch ganz gelassen zum Reichstag, ohne dem Brand „allzugroßes Gewicht beizumessen“, wie sein Pressechef Martin Sommerfeldt nachher berichtete.

Je länger Göring aber am Tatort herumstapfte und sich wichtiguerisch von Polizisten und Feuerwehrmännern Bericht erstatten ließ, desto mehr geriet er „groß in Fahrt“ (so Goebbels später). Immer weniger mochte Göring an simple Brandstiftung glauben, er witterte etwas Großes dahinter.

Darin wurde er von dem ihn begleitenden Grauert bestärkt, der meinte, hinter dem Brand stecke sicher die „Kommune“. Er hatte nämlich eben die Meldung erhalten, daß eine halbe Stunde vor dem Ausbruch des Brandes der KPD-Fraktionschef Ernst Torgler als letzter Abgeordneter den Reichstag verlassen habe.

Grauer's Theorie faszinierte Göring, im Nu war auch er überzeugt, daß die Kommunisten den Brand gelegt hätten. Bald reichte ihm auch dies nicht mehr; der Brand mußte das Signal für irgendeine Aktion sein.

Schon um 22 Uhr rief ein Beauftragter Görings die Abteilung I A im Polizeipräsidium an und verlangte den Kriminalkommissar vom Dienst: „Hören Sie, Heisig! Der Reichstag steht in Flammen! Dahinter steckt wahrscheinlich ein kommunistischer Putsch! Minister Göring hat Großalarm für die gesamte preußische Polizei angeordnet.“

Göring war von der Putschidee so besessen, daß er sich mit jedem anlegte, der Zweifel äußerte. Das erfuhr auch Sommerfeldt, der Auftrag hatte, ein Kommuniqué über diese „Untat der Kommune“ aufzusetzen. Als er Göring den Text vorlegte, reagierte der unwirsch: „Das ist Mist! Das ist ein Polizeibericht vom Alex, aber kein politisches Kommuniqué.“ Er griff nach einem Farbstift und schrieb die Meldung um. Ihm mißfiel vor allem die (ohnehin schon maßlos übertriebene) Mitteilung, die Polizei habe einen Zentner Teeranzünder sichergestellt.

Göring: „Ein Zentner Brandmaterial? Zehn, hundert Zentner!“ Sommerfeldt wandte ein: „Das ist unmöglich. Kein Mensch glaubt Ihnen, daß ein Mann hundert Zentner...“ Da wurde Göring grob: „Das war nicht ein Mann. Das waren zehn, zwanzig Männer. Mensch,



NS-Führer Goebbels (M.), Göring (r. daneben), Hitler am Tatort*: „Das war die Kommune!“

wollen Sie denn nicht begreifen? Das war die Kommune. Das ist das Signal zum kommunistischen Aufstand!“

Woher aber waren die vielen Brandstifter gekommen, wohin verschwunden? Görings Phantasie richtete sich auf einen mannshohen Röhrentunnel, der bald darauf auch die antifaschistischen Polemiker und Autoren faszinierte, die partout den Nazis den Reichstagsbrand anlasten wollten, ohne freilich einen Beweis für ihre These vorzeigen zu können.

Dieser Tunnel verband den Keller des Reichstagsgebäudes mit den Heizungsanlagen des nahe gelegenen Reichspräsidentenpalais – Grund für Görings Annahme, durch den Tunnel könnten Brandstifter unbemerkt in den Reichstag gelangt sein. Er hatte einen seiner Leibwächter und drei Polizisten zur Fahndung in den Gang geschickt, doch sie hatten keine Spuren gefunden.

Ob Spuren oder nicht – Göring ließ sich nicht mehr von der fixen Idee abbringen, Deutschland stehe am Vorabend eines kommunistischen Aufstandes. Wild gestikulierend trieb er seine engsten Mitarbeiter zusammen, sofort den Gegenschlag vorzubereiten.

Sein polterndes Ungestüm riß auch Hitler und Goebbels mit, die inzwischen am Tatort erschienen waren. Hitler war äußerst erregt, gleich in der Wandelhalle hinter Portal II, wo sie zusammengetroffen waren, hatte Göring seinen Führer mit den Worten angefallen: „Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes, sie werden jetzt losschlagen! Es darf keine Minute versäumt werden!“

Jeder weitere Zwischenbericht über die Vernehmung von der Lubbe steigerte

te die hektische Spannung, und bald wetteiferten Hitler und Göring darin, immer radikalere Maßnahmen zur Abwehr des befürchteten roten Aufstandes zu erfinden.

Vor allem Hitler, den sogleich wieder der Alptraum des Generalstreiks bedrängte, hatte völlig die Nerven verloren. Er wettete gegen heimtückische Mächte, die seine Wahlen hintertreiben wollten, und verlangte, alle kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre zu verhaften, ja die Reichstagsabgeordneten der KPD sofort aufzuhängen.

Gespensisch, wie da die beiden führenden Nationalsozialisten ihrer eigenen antikommunistischen Greuelpropaganda erlagen. Denn daran kann kein Zweifel bestehen: Sie glaubten ernsthaft, daß ein kommunistischer Aufstand unmittelbar bevorstehe.

Das war keineswegs so phantastisch, wie es heute erscheinen mag. Geheime Instruktionsschriften der KPD-Führung sprachen vom „Massenaufstand“, und unzählig waren die Indizien, die auf Aufstandsvorbereitungen der Partei hingen: die Anlage geheimer Waffen- und Munitionslager, die Schaffung eines Nachrichten-, Kurier- und Verbindungsdienstes, die Aufstellung einer „Roten Kavallerie“ (Rad- und Motorradfahrer-Organisation) für den Bürgerkrieg – da konnte man schon an einen kommunistischen Aufstand glauben.

Selbst der Oberregierungsrat Diels mochte einen Putsch der KPD nicht

* In der Vorhalle des Reichstags in der Nacht des 27. Februar 1933.

ausschließen, und er galt doch immerhin als ein Kommunismus-Experte. Ein paar Stunden vor dem Brand hatte Diels gemeldet, es sei „von kommunistischer Seite beabsichtigt, durch Gewaltaktionen bzw. Sabotageakte, die in allernächster Zeit stattfinden sollen, das Lichtnetz und den Verkehr (Eisenbahn usw.) sowie alle anderen lebenswichtigen Großbetriebe stillzulegen“.

Das war so falsch wie manches, was die Polizei damals zu wissen meinte. In Wirklichkeit hatte die Führung der KPD (zum Ärger vieler Junggenossen) jeden Gedanken an einen Aufstand längst aufgegeben und bereits begonnen, die Partei auf die illegale Arbeit in einem Hitler-Deutschland umzustellen.

aktion einfach ohne jede Legalisierung starten könne. Er schlug vor, vom Reichspräsidenten eine „Notverordnung gegen Brandstiftungen und Terrorakte“ zu erwirken, mit der sich die Verhaftung kommunistischer Funktionäre begründen lasse. Der Deutschnationale ahnte sicherlich nicht, daß seine Anregung katastrophale Folgen haben würde. Aus ihr entstand nämlich, was der Historiker Hans Mommsen einen „entscheidenden Schritt hin zur unbeschränkten Diktatur Hitlers“ nennt.

Reichsinnenminister Frick griff Grauert's Vorschlag auf und entwarf mit seinen Beamten eine Notverordnung, die zwar formal nur der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“

sollte sich bald als „das Grundgesetz des Dritten Reiches“ (Helmut Krausnick) erweisen.

Sie bereitete schon die Gleichschaltung der noch nicht unter NS-Kontrolle stehenden Länder vor und förderte den Abbau des Rechtsstaats, fehlten doch der Notverordnung zum erstenmal in der Geschichte der Republik wesentliche Rechtsgarantien, so das Prinzip richterlicher Nachprüfung von staatlichen Maßnahmen, das Beschwerderecht, die Fixierung von Tatbeständen, auf die die Verordnung anzuwenden war – ein gefährliches Instrument der polizeistaatlichen Willkür, die bald folgen sollte.

Doch die meisten Deutschen hatten keinen Blick für die tödliche Gefährdung ihrer Freiheiten, sie waren neben der wirtschaftlichen Not auf die Revolutionsgefahr fixiert, die Furcht und Panik in Bürgerköpfen auslöste. Der rote Bürgerschreck war kein Ergebnis nationalsozialistischer Propaganda, er wurde jeden Tag durch den Wortradikalismus der KPD und den Straßenterror ihrer Schlägerkommandos aufs neue gefördert.

So sahen es viele Bürger nicht ungern, daß die neue Reichsregierung „kurzen Prozeß“ mit den Kommunisten machte. Vor allem Görings Polizei schlug hart zu: Bis Mitte März waren 10 000 Kommunisten verhaftet, alle Parteilokale der KPD geschlossen, das Karl-Liebknecht-Haus von der Polizei besetzt.

Die Jagd auf die Kommunisten vergrößerte zugleich die Macht von Diels, der in wenigen Wochen zum einflußreichsten Polizeichef Deutschlands avancierte. Er zog mit seiner Abteilung I A in eine geräumte Kunstgewerbeschule in der Prinz-Albrecht-Straße 8, die zur Zentrale einer neuen politischen Polizei wurde: dem „Geheimen Staatspolizeiamt“. Ein Postbeamter, der einen Laufstempel zu entwerfen hatte, erfand für die neue Behörde die Abkürzung „Gestapa“. Der Volksmund aber machte daraus das unheilvollste Wort, das es für NS-Gegner künftig geben sollte: Gestapo.

Göring erweiterte inzwischen immer mehr den Begriff des kommunistischen Gegners. Am 3. März stellte er in einem Runderlaß fest, die Maßnahmen der Polizei hätten sich „in erster Linie gegen die Kommunisten, dann aber auch gegen diejenigen zu richten, die mit den Kom-



Polizei-Chef Diels (3. v. l.), verhaftete NS-Gegner*: 4000 Namen auf der schwarzen Liste

Göring aber war entschlossen, den großen Schlag gegen die KPD zu führen. Nach dem Palaver im Reichstag fand eine Konferenz im preußischen Innenministerium statt, in der im Beisein Görings und Hitlers beschlossen wurde, sämtliche KPD-Abgeordnete des Reichstages, der Länderparlamente und Stadtverordnetenversammlungen und alle Parteifunktionäre der KPD zu verhaften und außerdem alle kommunistischen Zeitungen zu verbieten. Nur die Partei selber wurde nicht verboten – aus einem einfachen Grund: Die KPD-Wähler sollten daran gehindert werden, am 5. März für die SPD zu stimmen.

Noch in der Nacht schwärmten die Verhaftungskommandos der preußischen Polizei aus, 4000 Namen standen zunächst auf den schwarzen Listen, die schon Jahre zuvor vorbereitet worden waren.

Dem Juristen Grauert aber kamen Bedenken, ob man eine solche Massen-

galt, praktisch über den Ausnahmezustand über Deutschland verhängte.

Durch Paragraph 1 der Verordnung wurden wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt, unter ihnen die Freiheit der Person, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit des Brief-, Post- und Fernsprechgeheimnisses, der Schutz von Eigentum und Wohnung. Ebenso gravierend war Paragraph 2, der die Reichsregierung ermächtigte, in die Souveränität der Länder einzugreifen, wenn diese „die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen“ nicht ergreifen würden.

Diese „Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933, kurz Reichstagsbrand-Verordnung genannt,

* KPD-Fraktionschef Torgler (M.), „Weltbühne“-Herausgeber von Ossietzky und Schriftsteller Renn.

munisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern“.

Bald gerieten die Verhaftungsaktionen der Gestapo so umfangreich, daß die Untersuchungsgefängnisse nicht mehr ausreichten, die in „Schutzhaft“ genommenen Personen aufzunehmen. Sie wurden in Lagern konzentriert, oft auf freiem Felde. Konzentrationslager wurden zum neuen Horrorbegriff.

Die meisten Deutschen aber nahmen den Abmarsch in den Polizeistaat gar nicht wahr, die Verfolgung von Kommunisten regte sie nicht auf. Zum erstenmal, so der britische Historiker Ian Kershaw, machten die NS-Propagandisten „die praktische Erfahrung, daß Terror gegen ohnehin diskreditierte Minderheiten Popularitätszuwachs verschaffen kann“.

Es war bezeichnend, daß selbst Zeitungen von Parteien, die im Wahlkampf scharfe Gegner der NSDAP waren, der Hatz auf die Kommunisten lebhaften Beifall spendeten. Die Reichstagsbrand-Notverordnung, so lobte der „Miesbacher Anzeiger“, der der Bayrischen Volkspartei nahestand, „trifft endlich den Herd der deutschen Krankheit, das Geschwür, das das deutsche Blut jahrelang vergiftete und verseuchte, den Bolschewismus, den Todfeind Deutschlands“.

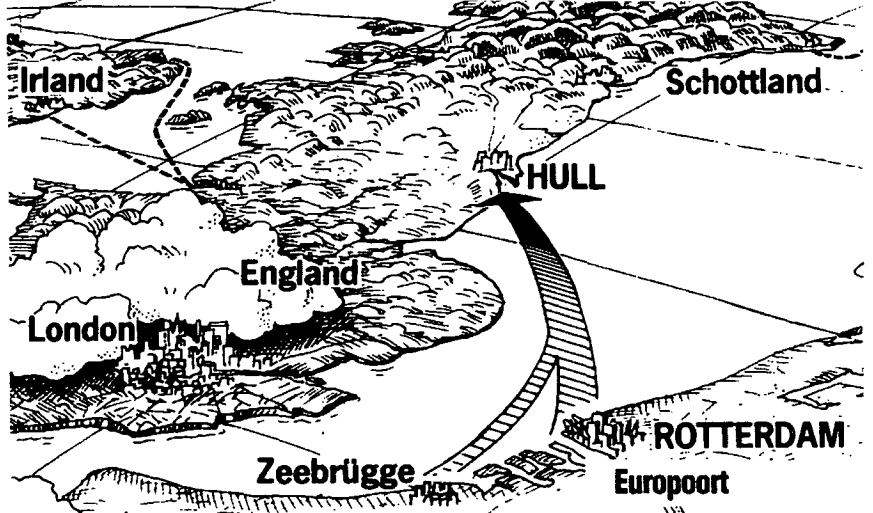
Die Berichte bayrischer Landräte und Regierungspräsidenten über die Stimmung der Bevölkerung illustrierten, wie populär die Kommunistenjagd war. Meinungsbericht aus einem Landkreis in Oberbayern: „Wenn Hitler so weiter arbeitet wie seither, wird er auf die kommende Reichstagswahl das Vertrauen des größten Teiles des Deutschen Volkes erhalten“ (25. Februar).

Hitler hielt jedoch den Gegner noch nicht für geschlagen. Neue Meldungen schreckten ihn auf, darunter eine aus Berlin, wonach die KPD am Wahltag bewaffnete Überfälle auf Polizeistreifen und Verbände der Rechtsparteien vorhaben. Auch die Reichwehrführung fürchtete einen KP-Schlag.

Am 3. März erging ein Befehl Blombergs an die Wehrkreise, den Urlaub für alle Soldaten vom Abend des Wahltages bis zum Morgen des nächsten Tages zu streichen, jeden Heeresangehörigen in seiner Kaserne oder Wohnung festzuhalten, keine Militärpersonen auf die Straße zu lassen, Telephone ständig besetzt und alle Kommandeure und Standortältesten alarmbereit zu halten.

Doch der Wahltag des 5. März 1933 wurde zu einem ungetrübten Jubelfest des Hitlerismus. Die Reichstagswahl (auch die Landtagswahl in Preußen) war zu einem Plebiszit für Hitler geworden. Die Faszination des „Volkskanzlers“, wie ihn die NS-Propaganda nun nannte, hatte offenkundig bewirkt, was bis dahin keiner deutschen Partei gelungen war: die 40-Prozent-Grenze zu überwinden.

17,2 Millionen Wähler stimmten für die NSDAP, darunter rund drei Millio-



WEIL MAN MIT EINER NACHT AUF SEE EINEN GANZEN TAG AUTOBAHN SPART.

Wenn Sie morgens in Hull ausgeruht von einer unserer Fähren starten, dann sind Sie Ihrem Urlaubsziel einen ganzen Tag näher. Und Sie nehmen eine ganze Reihe schöner Erinnerungen mit von Bord. Das 5-Gänge-Dinner zum Beispiel. Den Morgentee ans Bett. Das englische oder kontinentale Frühstück nach einer bequemen Übernachtung. Und das alles zu einem so günstigen Inklusivpreis, daß Sie mit Sicherheit ein paar waschechte Schotten an Bord getroffen haben.

Vielleicht beim zollfreien Einkauf. Oder in der Disco. Oder etwa beim Glücksspiel im Casino?

Mit NSF nach Hull – damit Sie keinen Tag Urlaub verschenken.

 **WE GO
NORTH SEA
FERRIES**

**Die einzige Nachtfähre
Rotterdam - Hull.**

☐ North Sea Ferries
Preisliste und Fahrpläne

Bitte schicken
Sie mir Ihren
ausführlichen Prospekt über

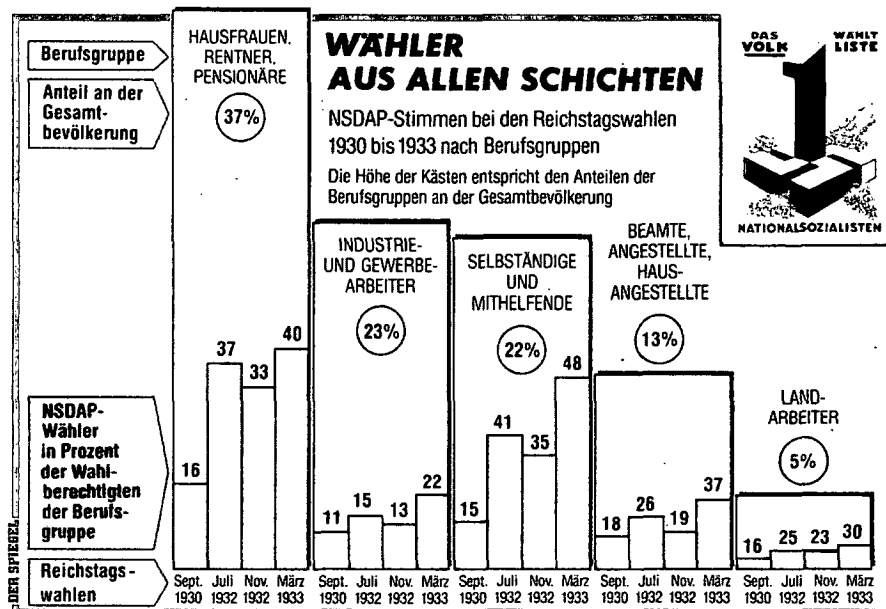
☐ weitere Verbindungen nach
Irland mit B + I Line

Absender:

Einfach den Coupon ausfüllen, die
Adresse eintragen und abschicken an:

North Sea Ferries
Postfach 11 23
3180 AC Rozenburg Z. H.
Holland





nen, die vorher nicht zur Wahl gegangen waren – ein Indiz schon für damalige Wahlanalysen, daß „die Werbekraft der Person Hitlers“, so Broszat, bei der Gewinnung der neuen Wähler „mehr als die der NSDAP den Ausschlag gegeben“ hatte. Hier zeigte sich bereits, was für die künftige Führerdiktatur von entscheidender Bedeutung sein sollte: daß Hitler populärer war als seine Partei.

Diese Popularität Hitlers reichte zwar nicht aus, auch schon das Wählergros der Linken und des politischen Katholizismus zu gewinnen. Die Nazis (43,9 Prozent) benötigten weiterhin Hugenberg's Partei mit deren acht Prozent, um im Reichstag die absolute Mehrheit zu erreichen.

Gleichwohl offenbarten die Wahlanalysen, wie sehr auch die Front der Demokraten schon der Hitler-Magie erlegen war. Tausende sozialdemokratischer Wähler waren in das NS-Lager übergewechselt, und es mußte Anhänger des Marxismus tief deprimieren, daß mehr Arbeiter die NSDAP gewählt hatten als die SPD, die klassische Arbeiterpartei (siehe Graphik).

Eine undifferenzierte „Vergangenheitsbewältigung“, die sich gerade jetzt wieder in fragwürdigen Gedenkausstellungen, Fernsehsendungen und Büchern zum 30. Januar 1933 niederschlägt, will jedoch die Arbeiterschaft von jeder Mitverantwortung für den Aufstieg des Nationalsozialismus freisprechen und die

Entstehung des Dritten Reiches zu einem ausschließlichen Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft herunterspielen. Das ist unzutreffend: Es gibt keinen Berufsstand und keine Sozialgruppe in Deutschland, die nicht zum Hitler-Triumph beigetragen hat.

Hitler wurde zwar, wie der Münchner Sozialwissenschaftler Jürgen W. Falter errechnete, „noch immer erheblich stärker von Mittelschichtangehörigen als von Arbeitern gewählt“, dennoch stammten 5,2 Millionen oder 30 Prozent der NS-Wähler aus der Arbeiterschaft – wahrlich kein Grund, die Arbeiter aus der gesamtdeutschen Schuldbilanz auszuklamern.

Diese Arbeiterwähler Hitlers waren nun freilich nicht mit den erwerbslosen Arbeitern identisch, die man sich früher als potentielle NS-Wähler vorstellte. Im Gegenteil: Das Gros der Arbeitslosen wählte die KPD, auch jetzt wieder, während die NSDAP gerade in den Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit relativ schlecht abschnitt. Hitlers Arbeiterwähler waren vielmehr Anhänger des Sozialismus, die dank ihrer autoritätsfixierten Persönlichkeitsstruktur für die Ordnung, Effizienz und Disziplin verheißenden Parolen der NSDAP besonders anfällig waren.

Eine eingehende Befragung von 3300 Arbeitern und Angestellten durch ein Team des Psychoanalytikers Erich Fromm ergab schon 1929, daß nur ein geringer Prozentsatz der sozialistischen Wähler mit der Linie ihrer Parteien übereinstimmte. Fromm ermittelte, daß 20 Prozent der Anhänger der Arbeiterparteien zu autoritären Problemlösungen in Politik und Privatleben tendierten – Anlaß für den Schweizer Soziologie-Professor Peter Atteslander, zu vermuten, der Erfolg Hitlers sei nicht zuletzt auf die autoritären „Meinungsstrukturen der Deutschen jener Zeit“ zurückzuführen, „von denen viele ihre manifeste politische Überzeugung einer trügerischen Hoffnung auf eine bessere Zukunft opferten“.

Millionen von Arbeitern und Bürgern setzten ihre Hoffnung auf Hitler, verführt und umnebelt von dem seit Jahren grassierenden Führerkult, der auch Demokraten wie den Zentrumsführer Ludwig Kaas zu der Meinung verlockte, ein krankes Volk könne sich nicht gesundwählen, sondern nur Heilung „von der Führerseite“ her erfahren.

Ein nationalistischer Kitschautor brachte dieses weitverbreitete Gefühl in dem Titel eines Buches zum Ausdruck: „Der deutsche Hitler-Frühling“. Und er reimte gefühlig:

Nun hat uns die Gottheit den Retter gesandt,
Die Not hat ein Ende genommen,
Freude und Jubel durchheilen das Land:
Der Frühling ist endlich gekommen.

Auf den Frühlingsanfang, den 21. März, hatten denn auch Hitler und Goebbels eine Show terminiert, die



Wähler in Berlin-Buckow am 5. März 1933: Vom „Volkskanzler“ fasziniert

Deutschlands „Wiedererweckung“ und die vermeintliche Vermählung von Preußentum und Nationalsozialismus kulthaft zum Ausdruck bringen sollte.

Auch das war wieder, wie schon im Fall des Berliner Fackelzuges am 30. Januar, die Idee von Goebbels gewesen: die Eröffnung des neuen Reichstags in Potsdam, an der Geburtsstätte des Preußentums, stattfinden zu lassen und daraus einen Symbolakt der Versöhnung des „alten“ mit dem „neuen“ Deutschland zu machen.

Der 21. März war dem Regisseur Goebbels eingefallen, weil an diesem Tag einst Bismarcks erster Reichstag zusammengetreten war, und auf die Hohenzollern und ihren größten Kanzler war auch die ganze Feier ausgerichtet: Veteranen der Bismarckschen Eini-

him die Hand und machte dabei eine tiefe Verbeugung.

Daraufhin schritten sie beide in die Kirche, von dröhnender Orgelmusik empfangen. Vor dem leeren Stuhl des Kaisers hielt Hindenburg einen Augenblick inne, hob den Marschallstab und verbeugte sich knapp. Schließlich nahm er Platz, auch Hitler setzte sich.

Hindenburg hielt eine kurze Rede, in der er vom „alten Geist dieser Ruhmestätte“ sprach und alle Deutschen aufrief, „zum Segen eines in sich geeinten, freien, stolzen Deutschlands“ zusammenzuarbeiten. Dann kam die Stunde des Rhetors Hitler.

„Wir erheben uns vor Ihnen, Herr Generalfeldmarschall“, begann er. „Dreimal kämpften Sie auf dem Felde der Ehre für das Dasein und die Zukunft

Augen steigen. Alle erheben sich von ihren Plätzen und bringen dem greisen Feldmarschall, der dem jungen Kanzler seine Hand reicht, jubelnde Huldigungen dar.“

Der „Tag von Potsdam“ – kein anderes Ereignis zu Beginn des Dritten Reiches hat so wie dieses die Illusion gefördert, eine junge, dynamisch-gläubige Mannschaft sei aufgebrochen, Deutschland in das Paradies einer klassen- und parteiüberwindenden Volksgemeinschaft zu führen.

Kein anderer Propagandacoup hat die Masse der Deutschen derartig von der Wirklichkeit auf den Straßen Deutschlands abgelenkt, die das Gegenteil nationaler Versöhnung dokumentierte: Rachsucht der Wahlsieger und Verformung der Unterlegenen, roher, gewaltsamer Triumph des einen Volksteils über den anderen, eine schauerliche Travestie der „Volksgemeinschaft“.

Doch die Öffentlichkeit nahm von der Wirklichkeit keine Notiz, sie ergab sich lieber der „mit den Klischees der Vergangenheit ausgestaffierten Traumwelt“ (Broszat), die ihr der nun zum Reichspropagandaminister avancierte Goebbels in Potsdam vorgeführt hatte. Den Millionen von biederer Deutschen, die sich bei der Reichspräsidentenwahl von 1932 nur schweren Herzens zwischen Hindenburg und Hitler hatten entscheiden können, bedeutete der vielphotografierte Händedruck zwischen Präsident und Kanzler mehr als der Ärger über das Rowdytum der SA oder die Haßausbrüche gegen das Judentum.

Die nationalistische Aufbruchstimmung nutzte Hitler schließlich dazu, seine plebiszitär bestätigte Vormachtstellung durch einen letzten legalistischen Akt zu perfektionieren.

Am 23. März trat der Reichstag in der Berliner Krolloper zusammen, um ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ zu beraten, das die Reichsregierung auf die Dauer von vier Jahren ermächtigte, ohne Befragung des Reichstags, aus eigener Machtvollkommenheit, Gesetze zu beschließen, die sie für notwendig halten würde.

Dieses Ermächtigungsgesetz überantwortete die dem Reichstag vorbehaltene Gesetzgebung der Reichsregierung und übertrug dem Reichskanzler das bisher dem Reichspräsidenten zustehende Recht, die Gesetze auszufertigen. Das bedeutete praktisch die Selbstentleibung des Reichstages und die Ausschaltung der Verfassung, das Ende der Weimarer Republik, auch eine partielle Entmachtung Hindenburgs, von dessen Notverordnungen Hitler dann nicht mehr abhängig war.

Dabei war im Grunde das Ermächtigungsgesetz gar nicht nötig, denn die Reichstagsbrand-Verordnung hatte dies alles schon staatsstreichartig vorweggenommen. Doch Hitler, im jahrelangen Kampf gegen Republik und Verfassung auf scheinlegale Taktik fixiert, bestand



Hitler, Hindenburg am „Tag von Potsdam“*: „Der deutsche Hitler-Frühling“

gungskriege wurden herangeschafft, die Kanonen und Fahnen der alten Armee bereitgestellt und der Hauptakt in die Garniskirche verlegt, über dem Sarkophag Friedrichs des Großen.

Und alle wurden zu dem Fest der nationalen Versöhnung eingeladen: Abgeordnete, SA-Führer, Stahlhelmer, Reichswehrsoldaten, Unternehmer, Beamte, ehemalige Prinzen und Generale des untergegangenen Kaiserreiches – nur Sozialdemokraten und Kommunisten waren ausgeschlossen, vor allem letztere, die, wie Frick höhnte, durch „nützlichere Arbeit“ in den Konzentrationslagern am Erscheinen verhindert seien.

Dann kamen sie, pünktlich um 12 Uhr, zur Photoszene auf den Stufen der Garniskirche unter Glockengeläute und Geschützsalut: Hindenburg, in die alte Feldmarschallsuniform gezwängt, und Hitler im schwarzen Cut. Der Kanzler ging auf den Präsidenten zu, reichte

unseres Volkes. Sie erlebten einst des Reiches Werden, sahen vor sich noch des großen Kanzlers Werk, den wunderbaren Aufstieg unseres Volkes, und haben uns endlich geführt in die große Zeit, die das Schicksal uns selbst erleben und durchkämpfen ließ. Heute, Herr Generalfeldmarschall, läßt die Vorsehung Sie Schirmherr sein über die Neuerhebung unseres Volkes. Dies, Ihr wunderbares Leben, ist für uns alle ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation. So dankt Ihnen das deutsche Volkes Jugend und wir alle mit, die wir Ihre Zustimmung am Werk der deutschen Erhebung als Segen empfinden.“

Hindenburg blickte auf und sah Hitler auf sich zukommen. Goebbels beschreibt die Szene: „Ich sitze nahe bei Hindenburg und sehe, wie ihm die Tränen in die

* Mit Göring (L.) am 21. März 1933.



Debatte über das Ermächtigungsgesetz*: Ende der Republik

darauf, sein Ermächtigungsgesetz zu bekommen. Mit allen Mitteln drängte er die Parteien des Reichstags, der Gesetzesvorlage zuzustimmen.

Schon die zur Absperrung der Krolloper aufmarschierten SS-Einheiten, noch mehr aber ein „etwa 30 000 Mann starkes Aufgebot des Berliner Pöbels rings um die Krolloper“ (so der Historiker Norbert Fieberg) machten den kurz vor 14 Uhr eintreffenden Abgeordneten unverblümt deutlich, was die neuen Machthaber von ihnen erwarteten.

Mit normalem parlamentarischem Geschäftsgang hatte dies nichts mehr zu tun: Die KPD-Abgeordneten saßen in Haft, einige SPD-Abgeordnete waren verhaftet worden. Die Abgeordneten der NSDAP waren in ihren Parteiuniformen erschienen, auch Hitler trug zum erstenmal wieder das Braunhemd – zu seiner ersten Rede im Reichstag.

Gleichwohl hielt er eine überaus maßvolle Ansprache, nach dem Urteil des Historikers Rudolf Morsey „mit so vielen versöhnlichen, nationalen und christlichen Akzenten durchsetzt, wie sie die Zentrumsabgeordneten keineswegs erwartet hatten“. Auch das Zentrumsblatt „Germania“ lobte am nächsten Tag: „Der Eindruck war allgemein: Die Rede Hitlers hatte Format!“

Der Kanzler sah einigen Anlaß zur Milde, denn ohne die Zentrumspartei hatte das Ermächtigungsgesetz keine Chance; der Reichsregierung fehlte die notwendige Zweidrittelmehrheit. Bei

der SPD-Fraktion, für deren mutige Opposition der Redner Hitler nur höhnische Verachtung hatte, würde er die fehlenden Stimmen nicht bekommen, blieb also nur das Zentrum.

Kaas hatte schon einige Tage zuvor seine Bereitschaft zur Zustimmung angedeutet, sofern Hitler einige Bedingungen der Zentrumspartei erfülle. Am 20. März war eine Zentrumskommission mit Hitler und Frick zusammengekommen und hatte ihre Bedingungen genannt: Respektierung der bestehenden Länderkonkordate, Sicherung des christlichen Einflusses in Schule und Erziehung, Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten, Beibehaltung des Systems unabsetzbarer Richter, vor allem aber Pflege und Ausbau der Beziehungen zum Vatikan.

Glaubten die Zentrumsführer ernsthaft, daß Hitler, falls er die Bedingungen überhaupt akzeptierte, sie einhalten würde? Heinrich Brüning beschwor Kaas, sich nicht auf den Handel mit den Nazis einzulassen. Brüning fand es beschämend und erniedrigend, Hitler nun auch noch dabei zu helfen, den letzten Stoß gegen ihren Staat, ihre Demokratie zu führen.

Doch Kaas, der Apostel der „nationalen Sammlung“, war entschlossen, mit Hitler zu paktieren. Die Moral außer

acht gelassen, hörten sich seine Argumente durchaus plausibel an: Das Ermächtigungsgesetz ändere nichts an der faktisch längst vollzogenen Ein-Mann-Herrschaft Hitlers, Teile des Zentrums in der Provinz seien kaum noch daran zu hindern, ins Nazilager abzurutschen, eine Vereinbarung mit Hitler die letzte Chance, wenigstens einige essentielle Forderungen der Partei durchzusetzen.

Brüning und seine Freunde hielten das für eine Illusion, doch die Mehrheit der Fraktion stellte sich hinter Kaas. So übersandte Kaas am Abend des 22. März Hitler die schon mit ihm besprochenen Forderungen der Zentrumspartei, die der Reichskanzler sofort akzeptierte.

Fast wörtlich kamen sie in Hitlers Reichstagsrede vor, er hatte nahezu alles übernommen. Da fehlte auch nicht die Bemerkung, die Reichsregierung lege „den größten Wert“ darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl „weiter zu pflegen und auszugestalten“ – für die zuhörenden Zentrumsabgeordneten eine deutliche Anspielung auf das von ihnen heiß ersehnte Reichskonkordat, das Hitlers Regierung tatsächlich ein paar Monate später mit dem Vatikan aushandelte.

Kaas war zufrieden, doch noch immer drängte ihn Brüning, sich gegen Hitlers Diktaturgesetz zu stellen. In einer dreistündigen Sitzungspause prallten im Fraktionszimmer der Zentrumspartei die Meinungen noch einmal heftig aufeinander. Es war nur eine kleine Minderheit, die gegen den Kaas-Kurs opponierte, doch zu ihr gehörte die Prominenz der Partei: Brüning, Wirth, Joos, Stegerwald, Bolz, Helene Weber.

Daraufhin ließ Kaas eine Probeabstimmung veranstalten; von den anwesenden 72 Abgeordneten stimmten zehn für eine Ablehnung des Gesetzes. Das entschied den Fall auf Zentrumsmanier: Ja- und Neinsager beschlossen, einheitlich für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen.

Nach der Pause erklärte Kaas im Plenum, die Zentrumspartei werde „in dieser Stunde, wo alle kleinen und engen Erwägungen schweigen müssen“, dem Gesetz zustimmen. In wenigen Minuten waren die drei Lesungen der Gesetzesvorlage vorbei, dann folgte die Abstimmung: 441 Abgeordnete gaben ihr Jawort – gegen 94 Neinstimmen der SPD.

Kaum hatte Göring das Ergebnis bekanntgegeben, da sprangen die nationalsozialistischen Abgeordneten von ihren Plätzen auf und stürmten brüllend zur Regierungsbank, wo sie das Horst-Wessel-Lied anstimmten. Der „Völkische Beobachter“ triumphierte: „Das große Unternehmen nimmt seinen Anfang! Der Tag des Dritten Reiches ist gekommen!“

Im nächsten Heft

Start in die Führerdiktatur: Ein Volk paßt sich an

* Am 23. März 1933 in der Krolloper; am Rednerpult: Hitler; hinter ihm: Reichspräsident Göring, der mit dem Fernglas Abgeordnete beobachtet.